

die Eltern als Ansprechpartner dienen.

Bei der Umsetzung der Initiative will der Kanton den Fokus besonders auf die Prävention und die Früherkennung legen, um schnell intervenieren zu können. «Nicht in allen Fällen ist deshalb eine psychiatrisch-psychotherapeutische Behandlung und eine wie in der Initiative geforderte Aufnahmefrist von vier Wochen notwendig.»

All das wird den Kanton auch etwas kosten. Für die Fortsetzung bisheriger Massnahmen hat der Regierungsrat für die kommenden vier Jahre 16 Millionen Franken veranschlagt. Um den Präventionsbereich zu stärken, sollen zusätzliche 4 Millionen investiert werden.

«Freude herrscht!»

Die positive Reaktion des Regierungsrats quittieren die Initianten mit einem: «Freude herrscht!» In einer Medienmitteilung lässt sich der Jungpolitiker Schmid so zitieren: «Dies ist der Beweis, dass man sich mit harter Arbeit in jungen Jahren auch als Kleinpartei erfolgreich für die eigene Generation einsetzen kann.» Entscheidend werde nun sein, ob der Kantonsrat dem Antrag der Regierung folge und wie die Umsetzungsvorlage der Regierung aussehen werde.

Neben dem Leid, welches bei den Betroffenen und ihren Angehörigen durch die bestehenden Missstände verursacht würde, kosteten unbehandelte Kinder und Jugendliche jährlich grosse Summen an Geld.